

Exklusion als neues Ziel der österreichischen Sozialpolitik?

Lange Zeit gab es österreichweit eine recht breite Einsicht aller handelnden AkteurInnen, dass sozialstaatliche Sicherung und wohlfahrtsstaatliche Leistungen zu einem gesamtgesellschaftlichen Nutzen beitragen.

Von Dr.ⁱⁿ Christine Stelzer-Orthofer

Der ökonomische Mehrwert sozialer Sicherheit, der sich auf die kollektive Absicherung von individuellen Existenzrisiken sowie auf nachfragestabilisierende Wirkungen von Sozialleistungen bezieht, geht Hand in Hand mit einem politischen Nutzen. In der Regel kann davon ausgegangen werden, dass Entscheidungen, die unabhängig von gruppenspezifischen Interessen im Einvernehmen getroffen werden, sozialintegrativ, systemstabilisierend und friedensstiftend auf das Gesamtwohl wirken.

Der sogenannte „wohlfahrtsstaatliche Kompromiss“ war daher ein zentraler Faktor. Gemeinsames Ziel war es, möglichst alle BürgerInnen am wachsenden Wohlstand teilhaben zu lassen, ihnen Zugang zu sozialen Leistungen zu gewähren und durch einen „Sozialstaat für alle“ Inklusion zu erreichen. Der Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherung wurde forciert. Das sozialstaatliche Handeln ist mittlerweile quantitativ beachtlich, trägt zur Umverteilung von oben nach unten bei, reduziert Armuts- und Ausgrenzungs-



gefährdung, federt soziale Risiken ab und ermöglicht soziale Teilhabe.

Umdeutung sozialstaatlicher Erfolge

Veränderte Rahmenbedingungen haben dazu geführt, sozialstaatliche Sicherung per se in Frage zu stellen. Die Zeiten des überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums sind vorbei. Schwierigere ökonomische Bedingungen haben auch hierzulande den Boden für den neoliberalen Zeitgeist aufbereitet. Der sozialstaatliche Konsens wird nach und nach brüchig. Der Sozialstaat wurde vom Problemlöser

zum Problemerzeuger umgedeutet. Erfolge wohlfahrtsstaatlicher Absicherung, wie die steigende Lebenserwartung durch die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen, werden beispielsweise durch den Anstieg des Staatszuschusses zur Pensionsversicherung, als Versagen abgewertet. Der Sozialstaat wird krank geredet, er wird beschuldigt, Gesetze des Marktes außer Kraft zu setzen und somit Probleme selbst zu schaffen.

Hier setzt auch die Argumentation der österreichischen Bundesregierung an. Im Regierungsprogramm wird beispielsweise auf eine „Schiefelage“ verwiesen. Begründet wird diese mit mangelnden Anreizen aufgrund zu geringer Einkommensunterschiede von erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen Menschen. Der Diktion nach wird arbeitslosen Menschen, bedingt durch zu großzügige, zu hohe Sozialleistungen, im Bausch und Bogen mangelnde Motivation und Arbeitsunwilligkeit unterstellt. Arbeitslosigkeit wird als Kombination von individuellem und sozialstaatlichem Versagen dargestellt. Zu vermuten ist hier, dass

der Weg der Inklusion zurückgefahren wird und Ausgrenzung bestimmter unliebsamer Gruppen auf der Agenda steht. Der ideologischen Ausrichtung der Bundesregierung entsprechend, sind dies (längerfristig) arbeitslose Personen, MigrantInnen und Flüchtlinge. Sie müssen in der Öffentlichkeit dafür erhalten, das Vorhaben zum Abbau sozialer Sicherheit zu legitimieren.

Ausgrenzung von Langzeitarbeitslosen aus Arbeitslosenversicherung

Der tendenziell restriktivere Kurs in der österreichischen Arbeitsmarktpolitik findet seinen Höhepunkt durch den Plan, die Notstandshilfe abzuschaffen; die Notstandshilfe soll in ein befristetes „Arbeitslosengeld neu“ integriert werden. Da derzeit sowohl das Arbeitslosengeld als auch die Notstandshilfe Versicherungsleistungen sind, deren Höhe mit der vorangegangenen Beitragszahlung korreliert, entspricht dies einem veritablen Systemwechsel. Arbeitslose Personen werden demnach nach Ende des Bezugs von Arbeitslosengeld „ausgesteuert“ und ins System der Mindestsicherung transferiert, das nicht nur niedrigere Leistungen vorsieht, sondern auch die Verwertung des Vermögens voraussetzt. Noch vor einer Inanspruchnahme müssen nahezu sämtliche eigene Mittel aufgebraucht werden. Ein großer Anteil von längerfristig arbeitslosen Personen wird damit gänzlich aus dem Leistungssystem ausgeschlossen, obwohl sie früher in das System einbezahlt haben. Ähnliche Regelungen in Deutschland, Stichwort Hartz IV, haben nicht zu den gewünschten Erfolgen geführt. Im Gegenteil, Langzeitarbeitslosigkeit hat sich verfestigt, Erwerbsarmut ist gestiegen. Eine Studie des Europäischen Zentrums kommt zum Schluss, dass bei der Umstellung vom Versicherungssystem auf die Mindestsicherung auch in Österreich mit einem „beträchtlichen Anstieg der Armutgefährdung“ und „deutlichen Änderungen der Einkommensverteilung“ zu rechnen sei.

Abschaffung des Zugangs für AsylwerberInnen zur Lehrausbildung in Mangelberufen

Die steigende Anzahl der Personen und Unternehmen, die die vom oberösterreichischen Integrationslandesrat initiierte Online-Petition „Ausbildung statt Abschiebung“ unterstützten, in der ein zeitlich befristetes Bleiberecht für AsylwerberInnen während der Lehrausbildung trotz negativen Asylbescheid gefordert wird, hat im Sommer 2018 den politischen Druck vor allem aus den eigenen Reihen der Wirtschaft erhöht. Wiewohl im Regierungsprogramm mehrfach davon die Rede ist, den Fachkräftebedarf sichern zu wollen und es heutzutage für Betriebe immer schwieriger wird, entsprechende Fachkräfte sowie Lehrlinge zu rekrutieren, wird auch hier mit Ausgrenzung reagiert. Der Erlass aus dem Jahr 2013, der es jungen AsylwerberInnen (bis 25 Jahre) bislang ermöglicht hat, eine Lehrausbildung in Mangelberufen zu beginnen, wurde von der Sozialministerin unlängst zurückgenommen. Der Zugang zu Ausbildung und Erwerbstätigkeit, ein zentraler Bestandteil für gelungene Integration, wird jungen Menschen, die auf ihren Asylbescheid warten müssen, künftig völlig verwehrt. Die österreichweit derzeit etwa tausend Lehrlinge werden bei einem abschlägigen Bescheid das Land verlassen müssen. Deutlich wird hier, dass die im Regierungsprogramm und von der Wirtschaft geforderte Sicherstellung des Bedarfs an Fachkräften hintangestellt wird, und Österreich – zumindest auf symbolischer Ebene – primär vor Flüchtlingen abgeschottet werden soll.

Kürzung der Mindestsicherung

Ähnlich zu bewerten sind die Pläne der Regierung zum zweiten sozialen Netz. „Mindestsicherung light“ soll dem Vernehmen nach dazu beitragen, die „Zuwanderung in den österreichischen Sozialstaat“ zu stoppen. Vorzeige-Bundesländer sind jedenfalls

Oberösterreich und Niederösterreich, die eine Deckelung der Richtsatzleistung unabhängig von der Haushaltsgröße sowie eine beachtliche Reduktion der Leistungen für Asylberechtigte bzw. für Personen, die weniger als fünf der letzten sechs Jahre legal in Österreich lebten, umgesetzt haben. Nebenbei bemerkt, die niederösterreichische Deckelung wurde vom Verfassungsgerichtshof mittlerweile aufgehoben. MigrantInnen werden ins Spiel gebracht, um das Minimum der Existenzsicherung weiter herunter zu schrauben, auch wenn – der österreichischen Armutskonferenz zufolge – diese nur einen kleinen Teil der Kürzungsbetroffenen ausmachen.

Neue Ära der Sozialstaatlichkeit

Damit nicht genug. Am Programm stehen weitere Maßnahmen zum Rückbau sozialer Sicherheit, wie beispielsweise die europarechtlich nicht konforme Indexierung der Familienbeihilfe für ArbeitsmigrantInnen. Die Spaltung von gesellschaftlichen Gruppen, die Erhöhung von Armutgefährdung und Polarisierung von Einkommen und Vermögen werden bewusst in Kauf genommen. Zu befürchten ist, dass eine neue Ära von Sozialstaatlichkeit eingeleitet wird, deren Zielsetzung sich nicht mehr in Richtung Inklusion bewegt. Das Gegenteil ist der Fall. Sozial schwache Gruppen werden gegeneinander ausgespielt, mit dem Ziel, sozialstaatliche Exklusion voranzutreiben. Der Wettbewerb nach unten ist eröffnet. Inklusion und Teilhabe werden tendenziell zurückgedrängt. Damit wird ein bislang weitgehend funktionierendes Sozialsystem gefährdet. Jeder und jede möge für sich entscheiden, ob das der künftige und richtige Weg für ein friedvolles Zusammenleben in Österreich sein soll.

Christine Stelzer-Orthofer ist Ass.-Prof.ⁱⁿ am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz

Arbeitsmarktpolitik: Mehr für die Wirtschaft, weniger für Arbeitslose ?

Arbeitslose Menschen sollen möglichst rasch unter oft prekären Bedingungen eingesetzt werden können. Die Wirtschaft profitiert davon, der arbeitslose Mensch hingegen gerät immer stärker unter Druck.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich wieder erholt. In den letzten Monaten ist ein erheblicher Rückgang an arbeitslosen Menschen und ein spürbarer Beschäftigungsanstieg zu verzeichnen. Im September 2018 sank die Zahl der Arbeitslosen (inkl. SchulungsteilnehmerInnen) um rd. 30.000 Personen bzw. acht Prozent auf 345.000 arbeitslose Menschen. Dies ist eine sehr positive Entwicklung. Vergleicht man jedoch diese Zahl mit dem Bestand an arbeitslosen Menschen vor Ausbruch der Wirtschaftskrise, so erkennt man, dass noch immer ein großer Handlungsbedarf besteht, denn im Jahr 2008 waren lediglich 263.000 Menschen arbeitslos oder in Schulung. Trotz Hochkonjunktur konnte dieses Niveau bisher noch nicht erreicht oder gar unterschritten werden, denn für bestimmte Personengruppen ist die Re-Integration in den Arbeitsmarkt immer noch sehr schwierig. Dazu zählen insbesondere Ältere, gesundheitlich beeinträchtigte Menschen, Personen mit geringer Bildung oder mit Migrationshintergrund. Die Verringerung dieser strukturell bedingten Arbeitslosigkeit erweist sich als herausfordernd, die Arbeitslosenzahl als beachtlich hoch, denn bereits mehr als ein Drittel aller Arbeitslosen ist als langzeitbeschäftigungslos einzustufen.

Arbeitsmarktpolitik ist zentral zur Förderung der (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktpolitik in Österreich soll arbeitslose Menschen beim (Wieder)Einstieg in den Arbeitsmarkt unterstützen. Einerseits erfolgt dies durch Geldleistungen zur Existenzsicherung, wie etwa Arbeitslosen-

geld oder Notstandshilfe, andererseits durch Vermittlung und durch aktive Unterstützungsangebote, wie beispielsweise Qualifizierungsmöglichkeiten, Beschäftigungsförderung oder Unterstützungsleistungen (z.B. Beratung und Betreuung). Gerade in diesem Bereich der sogenannten aktiven Arbeitsmarktpolitik sind sowohl individuelle Fördermöglichkeiten für Arbeitslose als auch direkte betriebliche Förderungen, wie etwa Eingliederungsbeihilfen, für Betriebe möglich. Vor allem im Bereich der betrieblichen Förderung ist es notwendig, genau abzuwägen, wann Förderungen zielführend sind, um zu hohe Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Betrachtet man alle AMS-Förderungen (Personen seit Jahresbeginn im Vergleich zum Vorjahr) im Jahr 2017, so wird ersichtlich, dass insbesondere die Beschäftigungsförderung in Form von Eingliederungsbeihilfe im Ausmaß von mehr als einem Viertel im Vergleich zu allen anderen Förderungsmaßnahmen überdurchschnittlich stark angestiegen ist.

Neuausrichtung zu Gunsten der Wirtschaft durch mehr Druck auf Arbeitslose

Auch durch die im Regierungsprogramm beschriebene Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik wird klar, in welche Richtung die neue Regierung die Agenden des Arbeitsmarktservice ausrichten möchte. Es geht vor allem um die rasche Vermittlung von Arbeitslosen auf offene Stellen der Wirtschaft. Dazu soll vermehrt Druck auf Arbeitslose ausgeübt werden, vor allem durch die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen in der Arbeitslosenversicherung (z.B. längere Wegzeiten zur

Mag.^a Iris Woltran

*Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik
Arbeiterkammer Oberösterreich*

Arbeitsstelle), härtere Sanktionen bei Arbeitsunwilligkeit, Ausbau der „überregionalen Vermittlung“ uvm.

Es geht nicht vorrangig darum, Menschen höher zu qualifizieren oder zu fördern, damit sie nachhaltig in Beschäftigung bleiben können, sondern der Wirtschaft sollen die gewünschten Arbeitskräfte möglichst rasch mit den gewünschten Anforderungen zur Verfügung gestellt werden. Ob das Arbeitsverhältnis nachhaltig bestehen bleibt, spielt hier keine Rolle, auch kurze Beschäftigungsverhältnisse mit einem geringen Arbeitszeitausmaß oder Verdienst sollen rasch besetzt werden. Dadurch wird der stark „disziplinierende“ Charakter dieser Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik deutlich. Arbeitslose sollen verstärkt „aktiviert“ und unter Druck gesetzt werden, um jede Art der Erwerbstätigkeit anzunehmen. Dies wirkt sich natürlich auch auf ArbeitnehmerInnen aus, die noch in Beschäftigung sind. Sie werden verhaltener gegenüber ihren ArbeitgeberInnen, z.B. im Hinblick auf Lohnforderungen etc. agieren, da das Risiko arbeitslos zu werden steigt.

Auch durch die Mittelzuteilung der budgetären Fördermittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollen vor allem die Wünsche der Wirtschaft erfüllt werden. Vorrangig sollen betriebliche Förderungen, wie etwa Eingliederungsbeihilfen, Schulungen im Betrieb z.B. arbeitsplatznahe Qualifizierung, betriebliche Lehrstellen (zu Lasten der überbetrieblichen Lehrstellenförderung) etc. gefördert werden. Aber auch die Dotierung des AMS Förderbudgets ist ein zentrales

Fortsetzung auf Seite 4

Thema. Es gab bereits Pläne der Regierung, hier im Jahr 2019 stark zu kürzen. In den kommenden Jahren ist damit zu rechnen, dass weitere Einschnitte folgen werden. Aktuelle Kürzungen haben bereits dazu geführt, dass beispielsweise soziale Unternehmen am 2. Arbeitsmarkt geringere Fördermittel zur Verfügung haben. Aber auch die Abschaffung der „Aktion 20.000“ zur Förderung der Beschäftigung von älteren Langzeitarbeitslosen oder die Verschärfung des Zugangs zur geförderten Altersteilzeit ab 2019 sind bereits erste Auswirkungen dieser geänderten Prioritätensetzung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik.

Weiters soll auch die „qualifizierte“ Zuwanderung aus Europa bzw. aus Drittstaaten ausgeweitet werden, statt vermehrt in österreichische Arbeitskräfte zu investieren. Es soll die sogenannte „Rot-Weiß-Rot“-Karte (Aufenthaltstitel und Beschäftigungsbewilligung für Drittstaatsangehörige) liberalisiert bzw. die sogenannte „Mangelberufsliste“ reformiert werden. Die Wirtschaft versucht auf diesem Weg, die benötigten Arbeitskräfte, die aktuell aufgrund der guten konjunkturellen Lage vielleicht nicht mehr so leicht bzw. rasch verfügbar sind, nun aus dem Ausland anzuwerben. Dass in

diesem Bereich auch Aspekte wie Integration, Familiennachzug oder soziale Sicherung berücksichtigt werden müssten, spielt aus Sicht der Regierung keine zentrale Rolle.

Kahlschlag im Bereich der sozialen Absicherung von Arbeitslosen

Die größte Verschärfung droht jedoch durch die Abschaffung der Notstandshilfe. Die Regierung plant hier durch ein neues Arbeitslosengeld, das degressiv gestaltet sein soll, die Notstandshilfe zu integrieren und somit abzuschaffen. Durch diese Kürzung einer zentralen monetären Sicherungsleistung im Bereich der Arbeitslosenversicherung, wird das deutsche Modell von „Hartz IV“ in Österreich eingeführt. Dadurch wird die Armutsbetroffenheit im Falle von Arbeitslosigkeit stark ansteigen. Bereits jetzt sind fast 60 % aller ganzjährigen Arbeitslosen armutsgefährdet, davon sind österreichweit rd. 93.000 Menschen betroffen.

ArbeitnehmerInnenorientierte Arbeitsmarktpolitik ist wichtig für Beschäftigung

Die Arbeitsmarktpolitik ist ein zentrales Instrument zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und zur Förderung der Beschäftigung in Österreich. Sie sollte nicht gänzlich auf die Wünsche der Wirtschaft ausgerichtet werden, sondern insbesondere auch die Interes-

sen von Arbeitslosen, ArbeitnehmerInnen und die gesamte Arbeitsmarktlage bzw. -entwicklung im Blickfeld haben. Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sollten neben einer existenzsichernden monetären Absicherung bedarfsgerecht bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützt werden. Hier reicht die Palette von Qualifizierungsangeboten, Beschäftigungsförderung (auch am 2. Arbeitsmarkt), Stiftungsangeboten, überbetrieblichen Lehrausbildungen bis hin zum Fachkräftestipendium. Angesichts der zunehmenden „Digitalisierung“ und eines Wandels hin zu einer „Arbeitswelt 4.0“ müssen speziell im Bereich der Aus- und Weiterbildung vermehrte Investitionen getätigt werden, aber auch Prävention, Gesundheitsförderung, die Bekämpfung von Altersdiskriminierung und Integration von MigrantInnen sind zentral, um künftige Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Wichtig ist es, arbeitslosen Menschen Perspektiven und Chancen zu ermöglichen und ihnen nachhaltige und gute Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen. Die aktuelle Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik durch die Regierung geht jedoch in die entgegengesetzte Richtung und sollte einer baldigen Korrektur zu Gunsten aller arbeitslosen Menschen unterzogen werden.

Arbeit spaltet?! Wie gelingt Solidarität in der aktuellen Arbeitswelt?

Gesellschaftspolitische Tagung des Sozialreferates in Kooperation mit dem Forum mensch & arbeit

Samstag, 23. März 2019, 10 bis 17 Uhr, im Bildungshaus Schloss Puchberg, Puchberg 1, 4600 Wels

Es geht um die Analyse der prekären Situation der ArbeitnehmerInnen im Hinblick auf eine globalisierte Arbeitswelt und veränderte politische und gesellschaftliche Bedingungen. Die wesentlichen Fragen dazu:

- ⇒ *Wie können vorhandene Kräfte gebündelt werden?*
- ⇒ *Wie kann die Vision einer solidarischen Gesellschaft verwirklicht werden?*

Im Rahmen von Workshops und Vorträgen zu Digitalisierung, Care Arbeit, internationale Gewerkschaften und prekären Arbeitsverhältnissen werden bestehende Bedingungen analysiert und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Info/Anmeldung: ☎ (0732) 76 10 - 32 51 oder sozialreferat@dioezese-linz.at

Ein guter Lehrer sein

Als Lehrer fühle ich mich zerrissen zwischen dem, was Politik und Wirtschaft von meinem Berufsstand wollen und dem, was ich für unsere Aufgabe halte. Einigkeit wird darin bestehen, dass wir den Zukunftsaussichten unserer SchülerInnen verpflichtet sind.

Bei Fortbildungen, in den Äußerungen von BildungspolitikerInnen, Industrie und Wissenschaft geht es stets darum, wie man Kenntnisse oder Kompetenzen vermittelt. Selbst BildungswissenschaftlerInnen gehen über das instrumentale Niveau kaum hinaus. Der Zweck scheint selbstverständlich: Die jungen Leute sollen einen Arbeitsplatz bekommen, leistungsfähig werden und flexibel. Sie sollen sich als erfolgreiche SelbstvermarkterInnen auch gegen harte Konkurrenz behaupten können. Dieser Bildungsauftrag trägt aber einen fundamentalen Bruch in sich: Wenn wir das Wetttrüsten der jungen Generation fördern, werden wir eine Gesellschaft von Egomaneen heranbilden, in der sich Wenige rücksichtslos durchsetzen.

Ja, es wird auch viel von sozialem Lernen und Teamfähigkeit geredet – aber diese Fähigkeiten dienen dann eben dem Zweck, als Team andere Teams ausstechen zu können!

Was uns Politik und Wirtschaft predigen und mit zahlreichen Initiativen, besonders zur naturwissenschaftlichen Ausbildung, unter anderem mit einer Flut von Wettbewerben, schmackhaft machen wollen, ist: Zweck der Ausbildung ist es, die Konkurrenzkraft unserer Betriebe durch bestausgebildete Arbeitskräfte zu stärken und so dazu beizutragen, dass Österreich im globalen Wettbewerb erfolgreich ist. Stets geht es darum, dass Österreich seinen Platz verbessern müsse – eines der reichsten Länder, eines mit extrem hoher Arbeitsproduktivität. Nun wiederholt sich das Muster, das ich für die Schulkasse skizziert habe: Wieder wollen alle die Besten sein, alle Regionen diesmal, alle Staaten.

Wenn wir unsere Tätigkeit daran messen, dass sie den Zukunftsaussichten unserer SchülerInnen dient,

kommen auch die ökologischen Folgen der globalen Wettbewerbsökonomie in den Blick. Wettbewerb treibt das Wirtschaftswachstum an. Dieses wird nach wie vor mit Inbrunst gepredigt und mit allen Mitteln angestrebt, um jeden ökologischen und sozialen Preis. Wer kann im Einklang mit sich selbst vor jungen Leuten vertreten, dass Wachstum die Lösung unserer Probleme sei?

Indem wir darauf hinarbeiten, dass unsere SchülerInnen im System von Wettbewerb (= Konkurrenzkampf) und Wachstum erfolgreich sein können, leisten wir „unseren Beitrag“ zur Vertiefung globaler Spannungen und der Verelendung großer Teile der Welt, tragen wir zur Verzögerung des dringend notwendigen Wandels bei und sind wir Teil des Systems, das die Tragfähigkeit der Biosphäre in ungeheurem Ausmaß reduziert und beschädigt.

Indem wir dazu beitragen, dass unsere SchülerInnen systemimmanent erfolgreich sein können, tun wir das Gegenteil unserer Pflicht. Nach wie vor fordert uns das Schulorganisationsgesetz dazu auf, zum Guten, Wahren und Schönen zu erziehen, sowie dazu, an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken. Meine Diagnose ist daher: Wir verfehlen unseren grundsätzlichen (auch: gesetzlichen!) Auftrag, indem wir einen scheinbaren Auftrag erfüllen, der durch den Zeitgeist zur allgegenwärtigen Matrix unseres Tuns und Denkens wurde.

Wenn wir unserer Verpflichtung nachkommen wollen, braucht unser pädagogisches Wirken ganz andere Ziele. Fangen wir damit an, keine falschen Lösungen mehr zu unterstützen. Verweigern wir uns der Logik des hektischen Wetttrüstens. Technisches Können ohne kritisches Inte-

Mag. Peter Prack

*Biologie- und Physiklehrer,
an einer höheren Schule,
freiberuflicher Biologe*

resse für die Anwendung zu vermitteln, ist wie das Verteilen von sehr gefährlichem Spielzeug. Wenn wir uns von verführerischer Faszination am Machbaren nicht distanzieren, ist eine humane Eingrenzung des Fortschritts unmöglich. Lehren wir Stauen und Ehrfurcht! Ein Biologe, der in die Vielfalt, Komplexität und Schönheit der Natur einführt, leistet Wichtigeres als einer, der vermittelt, was für „geile Sachen“ die Gentechnik machen kann. Eine Physikerin, die Ihren SchülerInnen den Sternhimmel erschließt, bereichert sie für ihr ganzes Leben. Wenn sie ihnen dazu die Außenperspektive auf unseren verletzlichen, kleinen Planeten zeigt, hilft sie dem Biologen bei seiner ökologischen Aufgabe. Vermitteln wir Solidarität als höchsten Wert – setzen wir sie an die Stelle der Konkurrenz. Das zieht die Forderung nach Selbstbeschränkung selbstverständlich nach sich.

Wer sich der obigen Argumentation nicht verwehrt, wird auch dem Folgenden zustimmen, so schwer es ist: Unser Lehren und unser Leben sollten halbwegs kohärent sein. Kann der Lehrer, der eben davon gesprochen hat, dass wir unseren Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ auf ein Viertel reduzieren müssen, in der nächsten Stunde Fotos vom Flugurlaub zeigen, mit dem SUV vorfahren oder für die Klasse eine Sprachreise nach Malta organisieren? Ich bin überzeugt: LehrerInnen müssen keine Heiligen sein, aber am Weg sein müssen sie – sonst „zerstören sie sich selbst“, das heißt, die Wirkung ihrer Bildungsarbeit. Der Berufstitel ProfessorIn, den nach der neuesten Bildungsreform alle LehrerInnen tragen werden, kommt von bekennen (lat. profiteri). Wozu bekennen wir uns? Die SchülerInnen merken es!

Verschwörungstheorien

Ein kritischer Blick auf politische Ereignisse ist in einer funktionierenden Demokratie notwendig. Wenn dabei jedoch Verschwörungsideologien entwickelt werden, kann dies eine echte Gefahr für die Gesellschaft werden.

Das Internet steckt voller irrer Geschichten: Adolf Hitler lebt. Paul McCartney ist seit Jahrzehnten tot. Die US-Regierung inszenierte die Terroranschläge von 9/11. Angela Merkel ist ein Reptiloid, eine reptilienartige Außerirdische, die Deutschland zerstört. Solche Verschwörungstheorien haben Konjunktur. Manche wirken eher harmlos und spielerisch, andere gefährlich und hochpolitisch. Oft sind sie verknüpft mit populistischen und extremistischen Positionen. Viele Verschwörungstheorien haben einen antisemitischen Kern, in immer neuen Auflagen enthalten sie Anspielungen auf eine vermeintliche „jüdische Weltverschwörung“.

Verschwörungstheorien sind ein gutes Geschäft. Sie bringen Geld, Aufmerksamkeit und AnhängerInnen – und werden gezielt genutzt für Propaganda. Im US-Präsidentschaftswahlkampf streuten Rechtsradikale die infame Geschichte, Hillary Clinton und ihre Vertrauten würden in einer Pizzeria in Washington einen Kinderporno-Ring betreiben. Ein Fanatiker, der das für wahr hielt, stürmte das Restaurant und feuerte mit einer Waffe um sich. Nicht immer führen Verschwörungstheorien zu Gewalt. Aber im Verbund mit radikalen Bewegungen sind sie eine echte Gefahr für die Gesellschaft.

Verlorenes Vertrauen

Aus der Forschung weiß man, dass Menschen, die wenig Vertrauen in andere Menschen haben, für Verschwörungstheorien besonders anfällig sind. Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich für das Vertrauen in die Demokratie und in Institutionen wie die Justiz, die Polizei oder das Parlament.

Auch wenn es FanatikerInnen gibt, die unter einer psychischen Erkrankung leiden, braucht man kein Spinner

zu sein, um einer Verschwörungstheorie zu folgen. Jeder Mensch ist mehr oder weniger angezogen von der einen oder anderen Theorie, die sich gegen eine offizielle Version wendet. Denn erstens gibt es immer wieder „echte“ Verschwörungen, die aufgedeckt werden und das Vertrauen erschüttern. Zweitens ist es die Aufgabe kritischer BürgerInnen, nicht alles einfach hinzunehmen. Eine gesunde Skepsis ist eine demokratische Tugend. Tatsächlich bestehen manchmal berechtigte Zweifel an den Darstellungen der Behörden und der Regierung. Man denke nur an die dubiosen Operationen der Geheimdienste.

Wie funktionieren Sie ...

Was sind Verschwörungstheorien? Nach einer Definition von Michael Butter behaupten sie, „dass eine im Geheimen operierende Gruppe, nämlich die VerschwörerInnen, aus niederen Beweggründen versucht, eine Institution, ein Land oder gar die ganze Welt zu kontrollieren oder zu zerstören“. Es geht um finstere Mächte, die irgendwo die Fäden ziehen. Aus der Forschung lassen sich Merkmale entnehmen, die typisch sind für Verschwörungstheoretisches Denken:

- Nichts geschieht durch Zufall (Kontrollierbarkeit, AkteurInnen mit Absichten)
- Nichts ist, wie es scheint (Heimlichkeit, Verschleierung)
- Alles ist miteinander verbunden (Verflechtung)
- Strikter Dualismus (Gut/Böse)
- Dogmatismus (Abschottung der Theorie)

Einige Theorien sind kurzlebig, andere langlebig. Zu den Klassikern zählt die Idee, die Mondlandung sei ein Fake. In einer für die deutsche Bevölkerung repräsentativen Umfrage,

Prof. Dr. Tanjev Schultz

Journalistisches Seminar / Institut für Publizistik, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

die Kollegen der Uni Mainz und ich 2016 durchführten, sagten 17 Prozent, es sei „wahrscheinlich“ oder „ganz sicher“ so, dass die Amerikaner nie auf dem Mond gelandet seien. Ebenfalls 17 Prozent neigten zu der Ansicht, die Anschläge aufs World Trade Center seien von den USA inszeniert worden. Dass der britische Geheimdienst hinter dem Tod von Prinzessin Diana steckte, hielten sogar 25 Prozent für wahrscheinlich oder für ganz sicher wahr.

Hang zur Esoterik

Aus der Forschung wissen wir, dass Menschen, die einer Verschwörungstheorie anhängen, oft an weitere Theorien glauben. PsychologInnen sprechen von einer „Verschwörungsmentalität“. Viele dieser Menschen haben einen Hang zur Esoterik und fürchten analytisches Denken. Ein weiterer Faktor ist die Identifikation mit einer Gruppe: Angehörige diskriminierter Minderheiten auf der einen Seite und Angehörige ausgrenzender Mehrheiten auf der anderen Seite sind jeweils anfällig dafür, ihre Sichtweisen mit Verschwörungstheorien aufzuladen. Das kann leicht in eine extremistische Richtung führen.

In der Forschung besteht keine Gewissheit darüber, ob wir heute wirklich mehr AnhängerInnen von Verschwörungstheorien haben als früher. In der Geschichte gab es immer wieder Phasen, in denen sie eine große Rolle spielten. Die Gegenwart dürfte wieder eine solche Phase sein. Wer etwas dagegen tun will, muss auch gegen Populismus und Extremismus vorgehen und sollte so früh und so viel wie möglich schon in Schulen aufklären über die vielen unseriösen Quellen, die im Internet nur einen Mausklick entfernt sind von soliden Informationen.

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

L. Bednarz: Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern. Drömer Verlag, München 2018, 256 Seiten.

In den Reihen von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen tummeln sich auch immer mehr stramme, rechte ChristInnen – sowohl katholisch als auch protestantisch – beim Versuch in der Mitte der Gesellschaft anzukommen. Ihre großen Anliegen sind: Kampf gegen Islamisierung, Kampagne gegen „Ehe für alle“, gegen Sexualunterricht in den Schulen, gegen Abtreibung, gegen den sogenannten „Genderwahn“ (Gleichstellung der Geschlechter) und gegen die Akzeptanz von Homosexualität. Ihre Vordenker deuten das Christentum um in eine nationale Kulturgemeinschaft. In ihrer Analyse erweist sich Bednarz als intime Kennerin dieser Szene und beschreibt akribisch dieses rechte Umfeld. Allerdings beziehen sich diese Analysen auf den deutschen Raum, durch den Detailreichtum wird der Lesefluss leicht gestört und die Übersichtlichkeit geht etwas verloren.

M. Pühringer: Herrschaftsfrei leben! Wie wir Menschen durch Herrschaft, Kapitalismus und Patriarchat aus paradiesischen Zuständen vertrieben wurden ... und wie wir wieder dahin zurückkehren können. Planet Verlag, St. Pölten 2018, 214 Seiten.

Den Menschen wohnt eine tiefe Sehnsucht nach einem geglückten, guten Leben inne und das ist laut Pühringer nur möglich, wenn wir in herrschaftsfreien Verhältnissen leben, aber vorher müssen Herrschaft, Kapitalismus und Patriarchat überwunden werden. Pühringer lädt uns dazu ein von der Seite, von oben und von hinten auf das Weltgeschehen zu blicken. Wir sollen und müssen uns nichts mehr vorspielen, nicht mehr bloß konsumieren, was andere für uns ausgedacht haben, son-

dern selbst mitspielen und in Geschehen eingreifen. Er schlägt drei Bausteine für die Rückkehr ins Paradies vor: Entfaltung des Geistes, Verbundenheit („werde du selbst, verbinde dich und verändere so die Welt“) und Gerechtigkeit. Im Anhang wird auch noch der Beitrag der Weltreligionen thematisiert, die zu einem Katalysator für eine Änderung zu einer herrschaftsfreien Welt werden könnten.

H. Benneckenstein: Ein deutsches Mädchen. Mein Leben in einer Neonazi-Familie. Cotta'sche Buchhandlung, Stuttgart 2017, 252 Seiten.

Ein sehr persönlicher Bericht über das Aufwachsen eines Mädchens in einem stramm rechten Neo-Nazimilieu. Die Erziehung in einer streng völkisch ausgerichteten Nazi-Familie in Bayern mit Schlägen und Drill, führt ebenso wie die Erfahrungen in den militanten nationalen Ferienlagern, zu Hass gegen AusländerInnen und zu Abscheu gegen die „Lügenpresse“. Das Mädchen nimmt auch teil an gewalttätigen rechten Aufmärschen und Versammlungen. Mit 19 vollzieht sie den Bruch mit ihrem familiären und gesellschaftlichen Umfeld. Auslöser ist die Bekanntschaft mit einem ebenso zweifelnden Musiker, und mündet in der Teilnahme an einem Aussteigerprogramm. Ein gut zu lesender, informativer Erfahrungsbericht mit vielen detaillierten Informationen zu dieser rechtsradikalen Szene.

Bitte um Druckkostenbeitrag

Ein herzliches Dankeschön an all jene, die uns bereits nach der Juni-Ausgabe von INTERESSE mit der Einzahlung eines Druckkostenbeitrages unterstützt haben. Sollten Sie erst jetzt die Möglichkeit haben, uns einen freiwilligen Druckkostenbeitrag in Höhe von **7 Euro für das Jahr 2018** zu überweisen, danken wir Ihnen schon im Voraus sehr herzlich dafür. Ein Zahlschein liegt bei.



Aliens in Wels, Zuckerwatte in der Voest

Wenn es mit dem Romanschreiben feigelt, schnüre ich durchs Internet. Soeben auf Facebook gefunden: Kanzler Kurz sei kein Christdemokrat, sondern ein Freimaurer, der eine kommunistische Welt diktatur einführen wolle. Der erste Teil des Satzes stimmt, der zweite ließ mich vor Neid erglühen. Wie kommen die Verschwörungstheoretiker auf solch bunt schillernde Fiktion?! Ich will diese Drogen auch! Oder muss einem ein Schlaganfall das Scham-Zentrum im Hirn lahmlegen, um so etwas Unterhaltsames wie die Hohlwelttheorie schreiben zu können? Vielleicht muss man das einfach üben. Also:

- Der Mond ist bis heute nie betreten worden. Warum auch? Was wollen wir da oben, wo uns niemand kennt und es kein vernünftiges Bier gibt? Die Mondlande-Szene wurde im November 1963 auf einem Erdbeerfeld in Edramsberg gefilmt. Ich weiß das, da meine Großtante dafür auf der Bontempi die Hintergrundgeräusche komponiert hat.
- Der Nahverkehrsplan von Wels ist eine interstellare Landkarte; ähnlich den Scharbildern von Nazca weist sie Aliens den Weg zum Landeplatz.
- Paul McCartney ist seit 1966 tot, er wurde ersetzt durch den Doppelgänger Hubert Gsengstbratl. Wer sich das Cover von „Sgt. Pepper“ genauer ansieht, erkennt auf seinem Hemd die Aufschrift „Asphaltstockschützen Schönering“.
- Wer sich wundert, wo alle Nazis hingekommen sind: Sie leben mit ihren Nachfahren im Pöstlingberg. Unser liebes Wahrzeichen ist komplett ausgehöhlt. Hier befindet sich auch die Voest, die 1944 in den Untergrund verlegt worden ist. Neben der Donau stehen Hallen, in denen Luftballons und Zuckerwatte gelagert werden.
- Prinzessin Diana ist nicht tot, sie lebt versteckt im oberösterreichischen Zentralraum und plagt sich seit Jahren mit einem Roman.

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
 sse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
 se - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse

TERMINE

Demokratie ist möglich –

Politisches Grundlagenseminar

Fr., 23. Nov. 2018, 15 bis 21.30 Uhr,
 Bildungszentrum Maximilianhaus,
 Gmundner Str. 1b, 4800 Attnang-Puchheim

Referentin: *Mag.^a Lucia Göbesberger*,

Sozialreferat der Diözese Linz

Begleitung: *Willi Seuffer-Wasserthal*

Anmeldung: ☎ (07674) 665 50

maximilianhaus@dioezese-linz.at

Kursbeitrag: € 38,-

Pax Christi OÖ – Monatstreff:

„Sehnsucht nach echtem Frieden: Die Vision von Mahatma Gandhi“, mit *Dr. Reiner Steinweg*

Di., 27. Nov. 2018, 18.30 Uhr,
 im Urbi@Orbi, 4020 Linz, Bethlehemstr. 1a

Zwischen den Kriegen – Führung im OÖ Landesmuseum

Fr., 7. Dez. 2018, 16 bis 17.30 Uhr
 Der Schwerpunkt bei der Führung wird auf die Situation der Frauen zur damaligen Zeit gelegt.

Organisation: *Eva-Maria Kienast*, Leiterin Haus der Frau

Kosten: € 9,- / Hinweis: Die Kosten für den Eintritt und die Führung von € 8,50 sind im Schlossmuseum zu bezahlen.

Für SeniorInnen entfällt der Eintritt, die Führungskarte kostet € 4,-

Anmeldung: ☎ (0732) 66 70 26

hdf@dioezese-linz.at

Hunger.Macht.Profite.9

Filmtage zum Recht auf Nahrung mit Filmgesprächen. Alle Filme machen deutlich, dass eine Veränderung der Machtverhältnisse die Grundvoraussetzung für ein demokratisches Agrar- und Lebensmittelsystem ist.

Termine 2018:

20. Nov., Gemeindesaal Ottensheim

21. Nov., Kino Kirchdorf

3. Dez., Lichtspiele Katsdorf

4. Dez., Schloss Ranshofen Braunau

www.HungerMachtProfite.at

Hannah Arendt – Ihr Denken veränderte die Welt

Filmabend, Di., 8. Jän. 2019, 19 Uhr,
 Bildungszentrum Maximilianhaus,
 Gmundner Str. 1b, 4800 Attnang-Puchheim

Info/Anmeldung: ☎ (07674) 665 50
maximilianhaus@dioezese-linz.at

Eintritt frei!

Gewaltfreie Kommunikation Nach Marshall Rosenberg – Vortrag

Di., 12. Feb. 2019, 19 Uhr, Bildungszentrum Maximilianhaus, Gmundner Str. 1b, 4800 Attnang-Puchheim

ReferentInnen: *Nicola und Thomas Abler*, TrainerIn in Gewaltfreier Kommunikation

Anmeldung: ☎ (07674) 665 50

maximilianhaus@dioezese-linz.at

Kursbeitrag: € 9,- / € 11,- Abendkassa

Politischer Aschermittwoch 2019

Aschermittwoch, 6. März, 20.15 Uhr
 Kontext: Fastenpredigt mit *Dr. Adi Trawöger* um 19 Uhr

Anmeldung: Bildungshaus Schloss Puchberg, Puchberg 1, 4600 Wels

☎ (07242) 475 37

puchberg@dioezese-linz.at

Digitalisierung aus weiblicher Perspektive

Der Vortrag geht der Frage nach, ob Digitalisierung nicht auch ein

Instrument für Geschlechtergerechtigkeit sein kann.

Do., 14. März 2019, 19 bis 21 Uhr,
 Haus der Frau, Bildungs- und Begegnungszentrum, Volksgartenstr. 18, 4020 Linz

Leitung: *Mag.^a Dr.ⁱⁿ Karin Dietachmayr*, Zukunftsgestalterin

Info/Anmeldung: ☎ (0732) 66 70 26
hdf@dioezese-linz.at

Exkursion:

Gedenkstätte Mauthausen

Di., 26. März 2019, 14 bis 18 Uhr,
 Treffpunkt: 13.45 Uhr, Haus der Frau, Bildungs- und Begegnungszentrum, Volksgartenstr. 18, 4020 Linz

Abfahrt nach Mauthausen: 14 Uhr,
 Ankunft in Linz: ca. 18 Uhr, Haus der Frau;

Leitung: *Eva-Maria Kienast*, Leiterin Haus der Frau

Kosten: € 25,-

Info/Anmeldung: ☎ (0732) 66 70 26
hdf@dioezese-linz.at

Gesellschaftspolitische Tagung – Arbeit spaltet!?

Sa., 23. März 2019, im Bildungshaus Schloss Puchberg, Wels.

In Kooperation mit den ksoe-AbsolventInnen und dem Forum mensch & arbeit. Näheres zur Veranstaltung siehe Seite 4.



Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)
 Herausgeberin und Verlegerin: *Mag.^a Lucia Göbesberger*
 Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz
 Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51
 E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
 Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG, Römerweg 1, 4844 Regau
 Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz

Österreichische Post AG – MZ02Z031665M –
 Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz

